



ANTRAGSBUCH

**zum 21. Landesparteitag der AfD in Saarbrücken
9. Oktober 2022**

**Saarlandhalle (Saal 4)
An der Saarlandhalle 1, 66113 Saarbrücken**

Bearbeitungsstand: 26. September 2022

Inhaltsverzeichnis

Anträge zu TOP Beratung und Feststellung der Tagesordnung	3
TO-1 Antrag zur Tagesordnung	3
TO-2 Antrag zur Tagesordnung	4
TO-3 Antrag zur Tagesordnung	5
Sonstige Anträge	6
SN-1 Sachantrag	6
SN-2 Sachantrag	8

Vorgelegt durch den Notvorstand

Stand: 26. September 2022

Anträge zu TOP Beratung und Feststellung der Tagesordnung

TO-1 Antrag zur Tagesordnung

Antragsteller: Kreisvorstand Kreisverband St. Wendel

Der KV St. Wendel stellt den Antrag den TOP 8 gemäß KV Beschluss vom 14.09.22 ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Wir beantragen die Streichung, da der Notvorstand damit seine Kompetenzen überschreitet. Sollte ein anderweitiger Beschluss des BuVo vorliegen, so möge dieser auf dem Landesparteitag vorgelegt werden. Davon abgesehen, stellen wir den Antrag trotz eines etwaigen Beschlusses des BuVos zur Tagesordnung, den Anträgen zuzustimmen, da es sich um einen Landesparteitag und keinen Bundesparteitag handelt und man die regionalen Verhältnisse berücksichtigen muss. Allein schon aus der räumlichen Distanz darf davon ausgegangen werden, dass dem BuVo das nötige Hintergrundwissen fehlt und es dadurch zu ungewünschten Ergebnissen führt, wie man bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein sehr schön beobachten konnte.

TO-2 Antrag zur Tagesordnung

Antragsteller: Kreisvorstand Kreisverband St. Wendel

Der KV St. Wendel stellt den Antrag den TOP 11 gemäß KV Beschluss vom 14.09.22 ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Wir beantragen die Streichung, da der Notvorstand damit seine Kompetenzen überschreitet.

TO-3 Antrag zur Tagesordnung

Antragsteller: Kreisvorstand Kreisverband St. Wendel

Der KV St. Wendel stellt den Antrag den TOP 12 gemäß KV Beschluß vom 14.09.22 ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Wir beantragen die Streichung, da der Notvorstand damit seine Kompetenzen überschreitet.

Sonstige Anträge

SN-1 Sachantrag

Antragsteller: sechs Mitglieder;

Der Landesparteitag der AfD Saarland wolle beschließen:

Der Landesparteitag missbilligt das Abstimmverhalten der Abgeordneten der AfD-Fraktion im Saarländischen Landtag bezüglich der Wahl Anke Rehlingers zur saarländischen Ministerpräsidentin, der Klimaneutralität des Saarländischen Landtags sowie der Erhöhung ihrer eigenen Diäten in schwersten Krisenzeiten.

Begründung:

Der Landesparteitag der AfD Saarland stellt fest:

Das Abstimmverhalten der Mitglieder der AfD-Fraktion im Saarländischen Landtag sorgt in vielen Fällen für Irritationen bei unseren Wählern und unseren Parteimitgliedern.

Gleich zu Beginn der Legislaturperiode wählten die drei Abgeordneten der AfD-Fraktion Anke Rehlinger zur Ministerpräsidentin. Es handelt sich dabei um einen einmaligen Vorgang, welcher bundesweites Medienecho hervorrief. Rehlinger bezeichnet die Mitglieder der AfD als „Rechtsradikale“. Zur Begründung, warum man Rehlinger gewählt habe, gab das Fraktionsmitglied Christoph Schaufert auf Anfrage der Saarbrücker Zeitung an, es handele sich um Vorschusslorbeeren. Aus welchem Grund Rehlinger diese verdient haben sollte, blieb unklar. Der Fraktionsvorsitzende Josef Dörr begründete die Wahl Rehlingers damit, dass ihre Wahl ohnehin nicht zu verhindern gewesen sei. Außerdem wolle er sie „fair“ behandeln. Rehlinger selbst quittierte die Wahl durch die AfD-Abgeordneten damit, dass man sich „falsche Freunde“ nicht aussuchen könne.

Am 14.09.22 stimmten die Abgeordneten der AfD-Landtagsfraktion einem SPD-Antrag zur sogenannten „Klimaneutralität“ des Saarländischen Landtags zu. Der Antrag arbeitet mit Argumentationsmustern, wie man sie von der „Letzten Generation“, „Extinction Rebellion“ oder „Fridays for Future“ kennt. So wird unter Verweis auf die „Klimakrise“ die Transformation unserer Wirtschaft und eine Mobilitätswende (!) gefordert. Ebenfalls soll der „CO₂-Fußabdruck“ des Landtags auf den Prüfstand und es werden teure, aber unsinnige Umweltzertifizierungsmaßnahmen gefordert. Zu allem Überflus soll all dies unter Beteiligung „klimarelevanter Institutionen“ geschehen, also unter steuerlicher Finanzierung der Öko-Lobby.

Die Unterstützung eines solchen Antrags widerspricht unserem Wahl- und Grundsatzprogramm. Er schadet dem durch die Automobil- und Zuliefererindustrie geprägten Wirtschaftsstandort Saarland und pampert linksgrüne NGOs mit Steuergeldern.

Ebenfalls am 14.09.22 brachten die Mitglieder der AfD-Fraktion im Saarländischen Landtag, als Beutegemeinschaft gemeinsam mit den Altparteien (!), einen Antrag zur Erhöhung ihrer Diäten um 2,8 Prozent ein. Unser Land befindet sich in einer der größten Krisen seit Beginn der Bundesrepublik. Der kommende Winter wird bedingt durch die explodierenden Energiekosten und der Inflation zur Zerreißprobe für unsere Wirtschaft und unsere Bevölkerung werden. Viele Menschen in unserem Land sind von Armut bedroht, die es vorher nie waren. Währenddessen genehmigen sich die Abgeordneten Dörr,



Becker und Schaufert eine Gehaltserhöhung auf Steuerzahlerkosten. Das Verhalten ist völlig schamlos und ein Schlag ins Gesicht unserer Wähler und Mitglieder.

Die Abgeordneten sind zwar frei in ihrem Mandat und nur ihrem Gewissen verpflichtet, dennoch haben sie eine gewisse Bringschuld gegenüber der Partei und ihren Grundsätzen und Zielen, der sie ihr Mandat erst zu verdanken haben, und vor allem gegenüber den Wählern, die sie aufgrund der zu erwartenden politischen Positionierung in den Landtag entsandt haben.

Der andauernde Wählerbetrug und die häufig leeren Wahlversprechen durch die Altparteien trugen entscheidend zur Gründung der Alternative für Deutschland bei. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich diese Charakterlosigkeit in unserer Partei ebenfalls breit macht.

SN-2 Sachantrag

Antragsteller: sechs Mitglieder;

Unsere AfD ist die Partei der Streitkräfte – unsere Fallschirmjäger gehören zum Saarland!

Der Krieg in Europa hat die Aufmerksamkeit der Deutschen auf den Zustand der Bundeswehr gerichtet. Dieser ist jämmerlich: eine über Jahre reduzierte Truppe verfügt über zu wenig und veraltetes Material. Die Bundeswehr kann unser Land nicht verteidigen, Deutschland ist gemessen an den sicherheitspolitischen Standards in Kriegszeiten wehrlos. Die AfD hat sich seit ihrer Gründung für eine zeitgemäße Ausrüstung der Bundeswehr eingesetzt und die Wiederinkraftsetzung der Wehrpflicht gefordert. Unsere Haltung war richtig und ist von der Geschichte bestätigt worden. Der besondere Weitblick unserer Partei spiegelt sich insbesondere in der auf dem Landesparteitag in Dresden beschlossenen programmatischen Würdigung der Zeit eines zukünftigen Wehrdienstes in der Rentenbiographie eindrucksvoll wider. Da die Altparteien ihre verteidigungspolitische Verantwortung verwischen möchten und die amtierende Bundesregierung mit der Bereitstellung von 100 Milliarden Euro aus einem Sondervermögen die Flucht nach vorne anzutreten versucht, weist die AfD nun erneut auf ihre stetige und solide Positionierung hin:

1. Die AfD ist und bleibt die Partei der Bundeswehr. Sie hat sich seit ihrer Gründung für eine zeitgemäße Ausrüstung der Streitkräfte, die Erhöhung des Wehretats und die Wiederinkraftsetzung der Wehrpflicht eingesetzt. Dass unsere Streitkräfte zurzeit nicht in der Lage sind, den verfassungsgemäßen Auftrag der Landesverteidigung zu erfüllen, ist das Ergebnis einer verantwortungslosen Politik aller Altparteien.
2. Die AfD fordert über die sprunghafte Erhöhung des Wehretats hinaus ein nachhaltiges Konzept für eine Reform der Streitkräfte, die allein die zügige vollumfängliche Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit zum Ziel hat.
3. Es ist im sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands, dass die Ausrüstung der Bundeswehr durch eine schwerpunktmäßig im Inland ansässige Rüstungsindustrie erfolgt. Infolgedessen muss die Rückholung von Produktionskapazitäten genauso Ziel der Politik sein wie die Verhinderung von Verkäufen sicherheitsrelevanter Unternehmen an ausländische Investoren.
4. Unsere Fallschirmjäger gehören zum Saarland: Der Landesparteitag spricht den im Saarland stationierten Bundeswehrsoldaten Dank und Anerkennung aus und würdigt ihre Einsatzbereitschaft. Der Landesparteitag fordert nicht nur eine Garantie für den Standort der Luftlandebrigade 1 ein, sondern zugleich den Aufwuchs der Truppe bzw. den Ausbau der Standorte. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, das Saarland bei der zukünftigen Auswahl geeigneter Standorte für die Bundeswehr stärker zu berücksichtigen.

Begründung:

Die Begründung ist im Antragstext enthalten. Es handelt sich im Grunde um eine Resolution, die der Landesparteitag verabschieden soll. Weitere Begründung erfolgt mündlich.